

66. Sitzung des Bundesrates vom 10. Oktober 1952.Vorsitz: Herr Bundespräsident Kobelt.Abwesend: Herr BR. Etter.Schriftführer: Herr VK. Weber.Beginn: 09.00 Uhr.Schluss: 10.15 Uhr.Kriegsmateriallieferung für Aegypten.

Herr Petitpierre: Für 1952 ist vom Total von 43 Millionen Franken an Bestellungen für 39 Millionen noch keine Bewilligung erteilt. Als der Sturz König Faruks erfolgte, fand man es für angezeigt, wegen der unsicheren politischen Lage die bewilligten Bestellungen auszuführen, aber keine neuen Bewilligungen zu erteilen. Das EMD hat diesen Beschluss der Firma Bührle mitgeteilt. Die KTA schrieb: Angesichts der politischen Entwicklung seien die Lieferungen einzustellen. Bührle hat das der ägyptischen Gesandtschaft in der Form mitgeteilt, dass er auf Weisung der zuständigen Instanzen nicht mehr liefern dürfe wegen der Lage in Aegypten. Das hat dort grosse Aufregung gegeben, General Naguib hat sich selbst dafür interessiert und es kam zur Demarche des ägyptischen Gesandten.

Es handelt sich zunächst um zwei Aufträge, um eine Bestellung von 120 Raketen und um eine solche von 20 Elektroleitern. Bei der letzteren handelt es sich nicht um eigentliche Waffen, sondern um Einrichtungen für die Flugsicherung der Flugzeuge.

Wir sollten die Bewilligung dafür erteilen und dafür sorgen, dass man eine gewisse Staffelung der Aufträge erhält und eine gewisse Kontingentierung, damit man nicht auf einmal eine starke Anhäufung von bestelltem Kriegsmaterial erhält.

Die ägyptische Gesandtschaft wäre mit einer solchen Lösung einverstanden.

Herr Escher: In der letzten Sitzung hat Herr Etter von dieser Angelegenheit gesprochen. Er hat erklärt, das Lieferungsverbot sei erlassen worden auf Druck von Grossbritannien. Dann hiess es auch Aegypten habe die Aufhebung unter Drohungen verlangt. Damit würde sich der heutige Vorschlag nicht gut reimen.

Herr Weber: Nach welchen Grundsätzen geht man eigentlich vor bei der Einstellung solcher Lieferungen.

Herr Petitpierre: Es handelt sich nicht um einen Druck Englands. Herr Scrivener hat lediglich anlässlich seines Besuches nach der Rückkehr aus den Ferien erklärt, man sei über die schweizerischen Waffenlieferungen nach Aegypten etwas beunruhigt. Wir haben die Lieferungen ohne jeden Druck und ohne Uebernahme einer Verpflichtung eingestellt. Ich wollte lediglich, dass man Bührle ersuchen solle, die Ausführung der Aufträge zurückzuhalten, bis die Lage in Aegypten wieder geklärt sei. Es handelt sich also gar nicht um ein Verbot. Die Pression Aegyptens ist tatsächlich erfolgt. Erste Demarche erfolgte ohne Pression am 29. September. Nachher hat der Minister einem meiner Mitarbeiter gegenüber erklärt, man werde den Schweizern kein Visa mehr erteilen und man prüfe, ob man das schweiz. Grundeigentum in Aegypten nicht in die Landesverteidigung einbeziehen wolle, wenn die Schweiz nicht nachgebe. Darauf hat Herr Minister Zehnder erklärt, man verhandle nicht unter Pression und der aegyptische Minister hat alle seine Drohungen zurückgenommen.



Bisher hat man als Kriterium für das Verbot der Ausfuhr abgestellt auf die politische Situation in bestimmten Teilen der Welt. Dieses Kriterium bietet in der praktischen Anwendung Schwierigkeiten. Bei Frankreich und U.S.A. spielt es z.B. nicht. Wir sollten deshalb zum System des Kontingents übergehen.

Herr Bundespräsident: Die Vorschläge sind das einzig Mögliche. In der letzten Sitzung stand man noch unter dem Eindruck, dass man unter Druck verhandeln müsse.

Herr Feldmann: Ich bin mir nicht im Klaren, was die Demarche Englands für einen Sinn hatte. Sie kann nur Sinn gehabt haben, Schweiz zu beeinflussen.

Herr Petitpierre: Wie schon betont, war es keine Demarche, sondern eine Bemerkung, die bei einem der üblichen Anstandsbesuche eingeschaltet wurde, die die meisten Minister machen, wenn sie aus den Ferien zurückkehren oder in die Ferien gehen. Bei unserem Entscheide haben wir verschiedenen Elementen Rechnung getragen, nicht nur der Beurteilung in England. Erste Quelle ist unsere Gesandtschaft in Kairo bei der Beurteilung ägyptischer Fragen.

Herr Rubattel: Besteht nicht Gefahr, dass Waffen statt an den Bestimmungsort an andere Interessenten geliefert werden?

Herr Petitpierre: Wir verlangen Erklärungen, dass Waffen im eigenen Land bleiben. Wir haben aber trotzdem schon in Pakistan für Venezuela bestimmte Waffen gefunden.

Herr Bundespräsident: Wir stellen die Bedingung, dass nicht an andere Länder weitergeliefert werden darf immer noch. Auch Schweizerfirmen haben aber schon Waffentransporte umgeleitet.

Beschluss: Das Politische Departement wird beauftragt, der KTA Wegleitungen zu geben, wie Briefe über Verbot der Waffenausfuhr etc. an die Firmen zu redigieren sind.

#### Begnadigungsgesuch Bernauer Emil.

Es wird beschlossen, den Fall erst zu behandeln, wenn man zusammenfassenden Bericht hat über die Erledigung aller dieser Fälle.

#### Ehrenkomitee für Intern. Roverlager Kandersteg 1953. (s. ordentliches Protokoll).

#### Genf als Zentrum für kernphysikalische Forschung.

Herr Weber: Man sollte noch mehr gegenüber der Oeffentlichkeit betonen, dass es sich um wissenschaftliche Arbeit rein technischer Art und um die friedliche Entwicklung der Atomkraft handelt.

#### Friedensnobelpreis 1953.

Die Mitglieder des Bundesrates sind eingeladen worden, Vorschläge zu machen. Allfällige Anträge sollen in einer der nächsten Sitzungen vorgebracht werden.

Traktanden für Konferenz der Regierungspräsidenten.

Herr Rubattel: Man sollte an einer solchen Konferenz behandeln:

1. Probleme des Erdöls in der Schweiz,
2. Schwierigkeiten, die sich bei der Anwendung des Landwirtschaftsgesetzes ergeben.

Ueber die Erdölangelegenheiten sollte Herr Feldmann referieren.

Herr Feldmann: Ich habe Eindruck, dass Front der Kantone nicht mehr so solid. Man darf Schluss ~~ziehen~~, dass unsere Stellung stärker wird. Ich bin bereit, das Referat zu übernehmen, die Vorsteher des Politischen und des Volkswirtschaftsdepartementes sollen mich ergänzen.

Herr Rubattel: Wir sollten die Konferenz auf Anfang November in Aussicht nehmen, jedenfalls nicht zu nahe an die Session heran.

Herr Weber: Ich werde nächste Woche mit den Finanzdirektoren eine Sitzung haben wegen Bundesfinanzreform.

Herr Rubattel: Das Problem Bundesfinanzreform dürfen wir nicht an der Präsidentenkonferenz behandeln.

Herr Escher: Ich bin in Unterhandlung mit den Kantonen wegen des Problems der freiwilligen Verkehrsteilung. Das könnte auch ein Traktandum sein.

Beschluss: Die Mitglieder des Bundesrates werden eingeladen, weitere Vorschläge zu unterbreiten.

Interpellation Jaeckle. Flugzeugentwicklung.

Der Herr Bundespräsident lässt allen Mitgliedern des Bundesrates den Text seiner Antwort auf diese Interpellation austeilern (s. Beilage).

MG 51.

Der Herr Bundespräsident lässt allen Mitgliedern des Bundesrates einen Text austeilern über die Erfahrungen mit den MG 51.

Für beide Sitzungen der nächsten Woche lassen sich entschuldigen Herr Bundespräsident Kobelt und Herr Rubattel.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Politisches Dept.	<u>Instruction pour la délégation suisse (PICMME).</u> <u>Konferenz der CIV und CIM Delegation.</u> <u>Genehmigung des Abkommens betr. Lastenausgleich.</u> <u>Verleihung des Flaggenrechts für das Seeschiff NYON.</u>
Finanz & Zolldept.	<u>Zolleinnahmen 3. Quartal.</u> <u>Erhöhung der Schiffstonnage unter Schweizerflagge.</u>

Feldbesichtigtes und anerkanntes Saatgut.

Feueranzünder. Tarifeinreihung.

- Volkswirtschaftsdept.

Ankauf eines Versuchsgutes für die landw. Versuchs- und Untersuchungsanstalten.

---